



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheinung vierzehntägig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Postkarte 1,25 Mark, Coblen- und Versammlungsankündigungen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postankunden nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 30. November bis 6. Dezember 1919 ist die Beitragsmarke in das mit 49 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1918.

Das Jahr 1918 ist in den Annalen der Weltgeschichte auf immer eingetragener als ein Wendepunkt in der Entwicklung der Völker. Für das Deutsche Reich endete es mit einer Katastrophe, mit dem Sturz in den Abgrund, an dessen Rand es die früheren Nachbarn in wahnsinniger Verblendung geführt hatten. Das Jahr setzte ein mit gesteigerten Hoffnungen des deutschen Volkes auf das Zustandekommen eines baldigen Verständigungsfriedens. Die Beendigung des Kriegszustandes mit Russland, die dadurch ermöglichte Verstärkung der Westfront ließ die Zuversicht nicht unberechtigt erscheinen, daß der vermehrte militärische Druck im Westen die Gegner einem Ausgleichsfrieden geneigt machen würde. Aber der Glaube an die Zuversicht unserer Heerführer in der Einschätzung der eigenen und der gegnerischen militärischen Kräfte wurde grausam enttäuscht, ihre Unfähigkeit, die Dinge richtig zu erkennen und danach zu handeln, brachte Deutschland einen harten Waffenstillstand ein und führte es zu einem Friedensschlusse, der seine politische und wirtschaftliche Existenz auf Jahrzehnte hinaus den imperialistischen Bestrebungen der kapitalistischen Klassen anderer Länder auslieferte hat.

Das wirtschaftliche Leben des Deutschen Reiches im verflochtenen Jahre war noch zum größten Teile auf die Kriegswirtschaft eingestellt. Mit größter Anstrengung wurde in den Produktionsstätten für die Bedürfnisse des Krieges gearbeitet. Die Ausbeutung des Landes an Rohmaterialien zur Deckung des Kriegsbedarfes war bis zur äußersten Grenze getrieben, die Lasten des Krieges, die Lebensmittelnot, der Mangel an Gebrauchsmitteln bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Sprunghaft schwellten die Kosten der Lebenshaltung empor, der Schleichhandel mit seinen Wucherpreisen gedieh immer üppiger. Und wie zur Verhöhnung der Masse des darbenenden Volkes und der bruchstehenden Kämpfer machte sich ein gewissenloses Schieber- und Kriegsgegenwärttum breit, auf Kosten des armen Volkes seiner Genußsucht fröndend und eine vergiftende Atmosphäre der Unmoral und des schändlichsten Eigennutzes verbreitend. Aus diesen Verhältnissen heraus erwuchs die Ursache der Arbeiterkrisen, die zu Arbeitsniederlegungen führte, welche einen starken politischen Einschlag hatten, sich bereits im Vorjahre bemerkbar machten und 1918 mit vermehrter Häufigkeit und wachsendem Umfange zum Ausbruch kamen. Befreit von den wechselnden Einbrüchen der Gegenwart, wird der objektive Beurteiler der Zukunft diese Bewegungen als die gesunde Auflehnung gegen die über das Volk durch den Krieg und seine widerlichen Begleiterscheinungen heraufbeschworene körperliche und seelische Bedrückung bewerten müssen.

Die politische Staatsverfassung des früheren Deutschen Reiches hatte ihre Stütze in dem Militarismus. Der Zusammenbruch desselben mußte mit eiserner Konsequenz den Sturz des mit ihm verwachsenen politischen Regimes nach sich ziehen. Die Revolution kam, sie kam, weil sie kommen mußte, gleichviel, welche äußeren Anlässe sie ins Rollen brachte, welche Erscheinungen sie zeigte und auf welchem Wege sie dahinschritt. Es war eine politische Umwälzung, die mit einem Schläge ausräumte mit der politischen Unfreiheit des Volkes, es zum Souverän seines eigenen Schicksals machte. Die Revolution beseitigte die alten feudalen Gesindeordnungen, brachte für alle Arbeiter und Angestellten das uneingeschränkte Koalitionsrecht und erfüllte ein herporragendes Kampfsziel der Gewerkschaften: den achtstündigen Arbeitstag. Hunderttausende von Angestellten und Arbeitern, die in Staatsbetrieben beschäftigt waren, befreite die Revolution von schwerem wirtschaftlichen Druck und machte für die großen Massen der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen die Bahn zur gewerkschaftlichen Organisation frei.

Aber diese Revolution bedeutete nicht zugleich eine ökonomische Umwälzung im Sinne des Sozialismus, sie vermochte aber die Entwicklung von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsform zu sichern und zu fördern, indem die Sozialdemokratie, als die weitaus stärkste Partei im Deutschen Reich, auf der Grundlage der demokratischen Staatsverfassung die Herrschaft ergriff. So erschien die Erreichung des Zieles: die Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, als eine höhere Form des Kulturzustandes, in greifbarer Nähe gerückt. Aber das Verhängnis will es, daß in dem historisch großen Moment, wo die sozialistisch gerichtete Arbeiterschaft in ihrer Geschlossenheit es vermochte, durch das Mittel der Demokratie ein ganzes Volk, eine ganze Welt für ihre Ziele zu gewinnen, große Teile derselben in Verneinung der gegebenen ökonomischen Möglichkeiten nur von dem Gedanken des Kampfes gegen die eigenen Klassenengenossen beherrscht werden und mit dieser Durchbrechung der eigenen Kampfesfront den der Revolution feindlich gesinnten Mächten die Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer reaktionären Absichten verschaffen.

Von diesen Kämpfen können die Gewerkschaften nicht unberührt bleiben, sie sind die berufensten Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft und bilden mit die treibenden Kräfte in der ökonomischen Entwicklung. Immer klarer treten denn auch auf ihrem Gebiet die Streitpunkte heraus. Die Arbeitsgemeinschaften der Unternehmer- und Arbeitervereinigungen auf der einen und alle Macht den Arbeiterräten unter Ausschaltung des Einflusses der Gewerkschaften auf der anderen Seite, bilden die Brennpunkte der Kämpfe. Die ersteren verbürgen den planmäßigen Aufbau des Wirtschaftslebens, die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Faktoren im Produktionsprozeß und ihren Einfluß auf die allmähliche Hinüberleitung der Produktion zu einer sozialistischen in Verbindung mit der politischen Demokratie. Die andere Machtsfrage ist in ihren

Konsequenzen unberechenbar, sie kann nicht die Wirren lösen, sondern vergrößert sie und muß zur Despotie mit allen ihren traurigen Begleiterscheinungen führen. Kein mit den ökonomischen Entwicklungsgeboten vertrauter Mensch wird im Zweifel sein, daß sich die Arbeiterschaft zum Verständnis der Entwicklungsmöglichkeiten, die durch den ersten Weg bezeichnet sind, wird hindurchringen müssen, weil es die Notwendigkeit erfordert. Und doch blicken wir mit Besorgnis in die nächste Zukunft. Welche Kämpfe werden uns noch bevorstehen? Wieviel Leid wird das Volk noch ertragen müssen durch äußere Unterdrückung und innere Zerrüttung, bis die krankhaften Erscheinungen überwunden sind, die Vernunft und Einsicht siegt und der Weg frei wird zur ruhigen Entwicklung. In Scharen strömten am Schlusse des Jahres die proletarischen Massen den Gewerkschaften zu, damit bekunden, welches Vertrauen man in diese als Sachwalterinnen der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse setzt. Ein Vertrauen, das sich die Gewerkschaften in ihren jahrzehntelangen Kämpfen gegen die kapitalistischen Mächte erworben haben. Gleichzeitig aber wird in den Gewerkschaften der Kampf eröffnet zur Erreichung politischer Machtmittel, werden in der Arbeiterschaft Generalstreiks entfesselt mit der ausgesprochenen Absicht, das Staatsleben völlig zu untergraben und das Wirtschaftsleben in ein Chaos zu verwandeln. So endete das Jahr 1918 trotz der vorheißungsvollen Revolution für das werktätige Volk mit einer schillen Dissonanz.

Soziale Betrachtungen eines Hilfsarbeiters über Arbeit und Lohn.

„Wie die Arbeit, so der Lohn“, nach diesem Grundsatze wurde bisher immer von den meisten Unternehmern, und in nicht allgemal gerechter Weise verfahren. An sich, sollte man meinen, ist diese Auffassung gerechtfertigt, soweit nur die Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit des Einzelnen in Betracht kommt. Sie ist aber nicht mehr stichhaltig, sobald andere und namentlich wirtschaftliche, soziale und familiäre Fragen notwendigerweise mit in Betracht gezogen werden müssen. Unterscheidet man den jüngeren und älteren, den verheirateten oder unverheirateten Arbeiter bzw. Arbeiterin, die Witwe, auch die Personen, welche Unterhaltungspflichten alten Eltern gegenüber haben usw., so muß dieser Grundsatze als hinfällig bezeichnet werden. Es ist ohne weiteres verständlich, daß der kinderreiche Familienvater und die mit Kindern gesegnete Witwe zur Erhaltung ihrer Existenz mehr Geldmittel benötigen wie eben die noch lebige, alleinlebende oder bei den Eltern wohnende Person. Hierbei sei gleich ein Fall mit erwähnt, den der Verfasser dieses selbst erlebt hat und der für die Denkungsweise des Unternehmers kennzeichnend ist. Bei dem Erfragen um eine Lohnzulage unter Hinweis auf seine wirtschaftliche Notlage wurde ihm der wörtliche Bescheid: „Ja, wenn Sie soviel Kinder haben, dafür kann ich nicht; für mich kommt nur Ihre Arbeitskraft in Frage, und diese bezahle ich; Ihre familiären Verhältnisse kümmern mich nicht.“ Diese Äußerung ist bezeichnend und wohl der Standpunkt der meisten Unternehmer.

Was soll der so Abgewiesene nun tun? Er sieht sich gezwungen, den jammervollen Daseins-

kampf fortzuführen, soweit das eben bei der bestehenden Ausichtslosigkeit möglich ist. Weniger feste Charaktere müssen aber leicht zusammenbrechen und legen schließlich Hand an sich. Gerade in der gegenwärtigen teuren Zeit kann man täglich in den Zeitungen derartige Berichte lesen, wo Nahrungsorgen als die Ursache solcher Vorkommnisse festgestellt werden. Um die Zeitigen nicht in Not und Elend zurückzulassen, scheidet gewöhnlich die ganze Familie freiwillig aus dem Leben.

Das ist ein betrübendes Zeichen der Zeit und ein kategorischer Beweis für die Unhaltbarkeit der jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsweise. Beim Unternehmertum hat jederzeit die auf kaufmännischer Grundlage aufgebaute Geschäftsführung dem möglichst hohen Gewinnzweck im Auge, und nur egoistische Gründe sind hierfür maßgebend. Auf Kosten der Arbeiterkraft wird in der Regel die Bilanz ins Gleichgewicht gebracht. Die zwischen Kapital und Arbeit bestehenden Unstimmigkeiten werden sich nur dann beheben lassen, wenn mit der bisherigen willkürlichen, schematischen Entlohnung, die das einzelne Individuum unberücksichtigt läßt, gebrochen und dieselbe den Bedürfnissen der Person entsprechend in gerechterer Weise geregelt wird. Der Unternehmer als Kapitalist sowohl wie die Gesellschaft und der Staat haben hier noch Verpflichtungen zu erfüllen, die zur Gesundung des Wirtschaftslebens sowie zur Hebung der breiten Masse unbedingt notwendig erscheinen. Die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit allen anderen Klassen des Volkes verlangt gebieterisch, daß auch der Vermiste der Armen wirtschaftlich so gestellt wird, um wenigstens von Nahrungs- und Existenzsorgen verschont zu bleiben. Der berechnete Reib des armen Mannes, der infolge seiner Verhältnisse allem entsagen muß, auf seine besser gestellten Mitmenschen muß gehoben und in teilnehmender Weise seiner Ursachen entkleidet werden. Nur durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen kann das „Motto“ unserer neuen Zeit: „Gleiches Recht für alle“, wahr gemacht werden.

Das einzige Vermögen des Arbeiters ist seine Arbeitskraft, von deren Ertrag er sein Dasein führen muß. Reicht der Verdienst nicht aus, so kann er nur an seinen Arbeitgeber herantreten. Bei diesem findet er nur selten Verständnis, und die Gewerkschaften mußten in jahrelangen Kämpfen sich abmühen, die soziale Lage ihrer Mitglieder zu bessern. Erst durch die Revolution und deren Folgeerscheinungen ist hierin ein wesentlicher Umschwung eingetreten. Die Gesetzgebung hat der Arbeiterschaft einige Vorteile gebracht, die heute das Unternehmertum nicht mehr straflos unbeachtet lassen darf. Die Bekämpfung der freien Gewerkschaften gehört in die Vergangenheit, und der Arbeiterschaft muß ein Mitbestimmungsrecht im Arbeitsprozeß zugestanden werden. Durch die Einführung des Betriebsratessystems werden diese Maßnahmen noch weitere Ausgestaltung finden. Als Hauptfrage muß das Zustandekommen von Tarifverträgen gelten, was von der Mehrheit der Arbeiterschaft freudig begrüßt wird. Hiermit wird wenigstens teilweise eine gerechtere und zeitgemäße Entlohnung angestrebt und der Willkür der Unter-

nehmer ein Miegel vorgehoben. Nicht nur die Arbeiter, auch andere Berufe, die durch körperliche oder geistige Tätigkeit dem Kapital, Staat oder Unternehmer dienen, wünschen die Einführung und Ausbaurung tariflicher Abmachungen.

Betrachten wir hierbei die Fortschritte, die allein innerhalb unserer Organisation erzielt wurden und die vielleicht noch durch die Einführung eines Reichstariffes gekrönt werden, dann wäre zwar noch nicht der Idealzustand erreicht, aber jahrzehntelange Arbeit mit nennenswertem Erfolg belohnt. Auch diejenigen unserer Mitglieder, die heute noch Tarifgegner sind, werden sich der Einsicht nicht verschließen können, daß hiermit ein großer Fortschritt erzielt worden ist, was auch von Unternehmenseite, die immer dagegen strebt, heute bereits zugegeben wird. Jedenfalls wird dem Unternehmertum die Schleuder Konkurrenz unterbunden, die es bisher ermöglichte, auf Kosten der Hilfsarbeiter Profite zu machen. Für den Arbeiter werden andererseits stabilere Arbeitsverhältnisse und auskömmliche Löhne gesichert. Hierzu gehört noch die Ferienfrage und andere Vergünstigungen, die nicht vom Wohlwollen des Unternehmers abhängen dürfen, sondern schwarz auf weiß festzulegen sind.

• Hoffentlich wird eine bessere Ernährung nach langen Entbehrungen dazu beitragen, der Arbeiterschaft die frühere Leistungsfähigkeit wiederzugeben. Der Wiederaufstieg muß kommen. Erst wenn Gewerbe und Handel wieder aufleben und die nötigen Rohstoffe zur Verfügung stehen, dann wird sich jene Verdrängung auslösen, die zu geüblicher Arbeit erforderlich ist. Unter diesen Voraussetzungen muß aber daran festgehalten werden, daß dem werktätigen Volke die Möglichkeit der Existenzberechtigung durch zeitgemäße, gerechte Entlohnung, die den Bedürfnissen der einzelnen Person entspricht, gewahrt bleibt. Wenn auch Unterschiede in der Lohnhöhe bestehen bleiben, so darf nicht gebuldet werden, daß die „Ober“ und „Meister“ sehr hohe Gehälter und Löhne beziehen, die sich in keiner Weise rechtfertigen lassen, während die „Unteren“, die doch auch ihre Pflicht tun, mit Hungerlöhnen abgepeist werden.

Wir wissen, daß der Gedanke der Sozialisierung nur allmählich in die Tat umgesetzt werden kann, aber Schwierigkeiten werden überwunden, wenn der feste Wille vorhanden und der Geist des wahren Sozialismus in uns lebendig ist. M. S.

Lobredner des RäteSystems.

Eine Entgegnung.

In Nr. 34 der „Solidarität“ erörtert der Kollege Krummrei die Frage: „Betriebsräte oder Räteystem?“ vom Standpunkt seiner engeren parteipolitischen Anschauung und kommt zu dem Schlussergebnis, daß selbstverständlich das Räteystem den Vorzug verdient. Aus welchen praktischen Ergebnissen Krummrei dazu kommt, ist nicht durchschlagend zu erkennen. Untersuchen wir rein objektiv diese Frage, so erscheint es mir folgerichtig, auch einmal die Mehrseite zu betrachten, schon um

Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen und unsern Mitgliedern ein gerechtes Urteil zu ermöglichen.

Noch nie ist eine Frage so heiß umstritten worden als diese: unsere Gewerkschaften, die immer und überall ein Schulbeispiel der Einigkeit boten, erschütterten heute in ihren Grundfesten, und es ist das Schlimmste zu befürchten, wenn es nicht gelingt, hier eine Arbeitsbasis für alle zu schaffen. Die praktische Durchsetzung des Rätegedankens unterliegt heute noch der Erörterung, erklärte doch selbst der bedeutendste Theoretiker des Rätegedankens, Däumig im April auf dem zweiten Rätekongreß: „... so sehr er sich mit dem Rätegedanken befaßt habe, je er doch nicht imstande, ein fertiges System vorzulegen“. Und an einer zweiten Stelle in einem Anfall von Ehrlichkeit: „Der Rätegedanke ist nicht vereinbar mit dem Genu und Wesen der formalen Demokratie“. Aus diesen kurzen Sätzen ergibt sich an sich schon ein gewisses Vorsichtsgelb beim Urteilsfallen.

Nun einmal dies Räteproblem aufgerollt ist, muß selbstverständlich weitgehende Klarheit auch unter uns Hilfsarbeitern verbreitet werden, hängt doch von der Lösung Bestand und Zukunft unseres Verbandes ab. Krummrei ist nun aber mit seinen Forderungen unterwegs umgefallen, denn sonst mühte ihn die Logik bereits bis zur letzten Forderung seiner Bestimmungsfreunde getrieben haben, bis zur reinen Betriebsorganisation. Die Betriebsorganisation aber bedeutet Aufschaltung der Gewerkschaften, Zertrümmerung unserer Organisation, Herrschaft eines Bäderbüchens Räte über die demokratisch vertriebenen Rechte der Mitglieder. Solange der Kapitalismus noch lebensfähig und mitbestimmend ist, müssen wir alles daran setzen, ihn dem Wohle der Menschheit nutzbar zu machen. Die tierischen Instinkte der Unternehmer müssen ausgerottet werden: das Arbeitskapital muß im Interesse der Menschheit Verbrennung finden.

Der Lehrmeister des Kollegen Krummrei, Richard Müller, schrieb zehn Tage nach Schluß des oben erwähnten Rätekongresses im „Arbeiter“ Nr. 12:

„Die besten Kenner unseres Wirtschaftslebens stehen heute zum größten Teil noch im Lager der Unternehmer. Wollen wir unser Wirtschaftsleben aufrichten — und das ist notwendig —, dann brauchen wir alle schaffenden Kräfte, vor allem auch jene Männer, die mit unserem Wirtschaftsleben aufs innigste ver wachsen sind. Die Initiative, die Schaffenskraft dieser auf dem Gebiet der Produktion so außerordentlich erfahrenen Männer würde uns ungeheuer wertvolle Dienste leisten.“

Krummrei schiebt solche verständigen Ansichten mit Füßen beiseite: er verlangt mehr Politik in den Abhandlungen, sagt aber vorsichtigerweise nicht, ob diese politischen Debatten sich auf dem Boden der K. P. D., U. S. B. oder gar auf dem der S. P. D. abspielen sollen. Ja, er verlangt, daß sich die Ordenshände nicht anmaßlich über Erörterung eines politischen Themas verhalten.“ Seine Prophetengabe sagt ihm aber schon jetzt, daß

Gendarm Pieper.

(Nachdr. verb.)

Er kam vom Gemeinbeamt und stieg mit großen Schritten nach Hause. Auf der Dorfstraße lag in schwarzem Dreck seit Tagbeginn regnete es ohne Pause. Dazu wehte es kalt, zeitweilig in kurzen, heftigen Stößen, und überstreckte Weg und Pflügen mit gelbem Laub und dürren Zweigen. Gendarm Pieper kannte Hitze und Kälte, aber wenn ihn jetzt so ein nasskalter Dreck jäh anwehte, dann kam ein verbrießlicher, säuerlicher Zug in sein Gesicht und er zog den Mantel enger zusammen. Eiliger stocherten die langen Schaffstiefel durch den Straßenmatsch. Dabei dachte Gendarm Pieper an den häuslichen Kaffeetisch, der ihn erwartete. Und die Hausfrau, legte gewiß schon die rotgeblühte Decke auf und wartete nur auf seinen Schritt im Hausflur, um die weiße, goldgeränderte Kanne, der so lieblicher Duft entströmte, auf den Tisch zu setzen. Nach dem Kaffee würde er sich auf das Kanapee lang strecken, ein wenig Zeitung lesen, mit den Kindern spielen oder auch einige häusliche Angelegenheiten mit Lina erörtern. Jedenfalls keinen dienstlichen Schritt mehr für heute! Was war denn zu holen bei den ewigen Patronissen? Rein gar nichts. Rheumatismus allenfalls. Davon hatte er ohnehin genug. Das Verbrechen sah warm in seinen Schlupfwinkeln und ging, wie es sich wirklich hinaus, jeder blanke Elmspitze in weitem, weitem Bogen aus dem Wege. Blieben noch die Dankwertsbüchchen ohne genügende Legitimation. Mochten sie laufen! Deute wenigstens. Am liebsten

sah er überhaupt nach der anderen Seite — und wenn man nicht zunter ein lebendes Beweis seines Dienstlebens hätte erbringen müssen —

Gendarm Pieper fuhr aus seinem Gedankenmonolog und riß die Augen auf. Bierzig Schritt vor ihm, an den Holzsaum des Bädere gelehnt, stand eine Gestalt: ein Mann mit gebräuntem, bagerem Gesicht, mit unordentlichem Haar und Bart, in durchnässter, schäbiger Kleidung und zerrissenen Schuhen. Fast schien's, als habe der Fremde auf ihn gewartet; er blinnte den Beamten groß an und ging langsamen Schrittes in den Bädere laden.

„Kreuz und Stern!“ Pieper zog das Säbelkoppel enger, setzte seine strengste Amtsmiene auf und stieg mit energischen Schritten vorwärts. Nicht lange, dann fiel ihm der Kaffeetisch ein. Gendarm Pieper ging gleichmäßig an Bädere laden vorüber. Das fehlte ihm gerade: in diesem Dunbewetten einen Arrestanten nach Warnburg ins Polizeigefängnis zu begleiten — eine Stunde Weg! Keil Zum Teufel, mochte der arme Kerl sich doch eine Semmel fecthen. Ueberhaupt — so beruhigte er sein Amtsgewissen — der Fremde konnte sich, da es ein Bädere laden war, in den er gegangen, ja ebenso gut etwas gekauft haben. Darauf deutete sein ganzes Verhalten, das jedenfalls eine Falle gewesen, um ihn, den Gendarm Pieper, lächerlich zu machen.

Pieper lächelte zufrieden. Durch die Dämme sah er schon das Dach seiner Wohnung. Eilige Schritte kamen hinter ihm her. Unwillkürlich blickte er sich um: wieder der Fremde! Teufel auch! Pieper beschleunigte seinen Gang. Wenn er dem anderen in ein Privathaus gehen sah, mußte er,

zugreifen. Hinter allen Scheiben waren Augen, die ihn kontrollierten, und Zungen, die mit Vergnügen eine Pflichtvernachlässigung an die große Glocke gebracht hätten. Dabei lief der unterstämte Kerl hinter ihm in einer Weise, daß Pieper ihm kaum auskommen konnte. Das sah ja fast aus, als ob der Kerl ihn verhaften wollte! Aber, Gott sei Dank, dort brüben war er zu Hause — nur noch über die Straße, durch den süßlichen Schmutz — schnell in die Haustür, ohne sich umzusehen.

So! Pieper atmete auf. Er war geborgen. Jetzt mochte der andere das ganze Dorf absehen. Er sah nichts. Mantel und Helm an den Nagel, Koppel und Seitengewehr dazu. Die Stiefel herunter. So! Pieper trat in die Stube. Ah! Er beugte sich. Genau so, wie er sich gedacht. Der Tisch gedekt: Tafeln, Fudernapf, Milchläschen, Honigtopf. Und Frau Lina trat mit der goldgeränderten Kanne ein, der ein lieblicher Duft entströmte. Die Kinder jauchzten herein. Dann sahen sie alle am den Tisch.

Der Regen schlug gegen die Scheiben; zuweilen zitterten die Fenster.

Die Hausfrau ging. Es klopfte schüchtern. Kurt, der Älteste, öffnete: „Papa. Ein Mann.“

„Ein Mann?“ Pieper wischte sich den Bart und trat hinaus.

Der Fremde stand dort, den Hut in der Hand: „Ich bitte um etwas zu essen.“ Pieper war starr. „Donnerstetter!“ Er sagte es erstarrt. Dann stieg der Herr in ihm; er schrie: „Ich verhafte Sie, verhaften Sie mich! Willen Sie nicht, wer ich bin?“ Krachend floh die Tür zu.

das unverfälschte Rätesystem, gestützt auf die historische Entwicklung von Kapital und Arbeit, die allbewährte (ironisch gemeint) Gewerkschaftstaktik und ihre Beschränkungen überholen wird."

Ist es nicht ein trauriges Zeichen geistigen Tiefstandes, angesichts des glänzenden Kiasos der letzten Metallarbeiterbewegung, über Arbeitsgemeinschaften und Tarifabschlüsse zu spötteln? Ruch und Genossen geben sich alle Mühe, die Metallindustriellen an den Verhandlungstisch zu bringen, und erst der Sympathiestreit der Maschinenisten und Heizer brachte dies zu Wege. Ist das nicht ein Rückschlag der Taktik der „Gewerkschaftsböngern“, über die gerade auch Krummrei so rückfichtlos herfällt?

Vierzehn Tage nach der Revolution, am 23. November 1918, brachte der Berliner Volkskongress „Richtlinien für Betriebsräte“ heraus, die im wesentlichen so lauten:

„Zur Wahrnehmung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten wird innerhalb des Betriebes ein Betriebsrat gewählt.“

Die Wahlen zum Betriebsrat werden auf folgender Grundlage vorgenommen: In Großbetrieben erfolgt die Wahl abteilungsweise, und zwar bis zu 100 Beschäftigte ein Mitglieds, Betriebe bis 500 Beschäftigte bis zu fünf Mitgliedern.

Die Wahlen erfolgen unter Kontrolle der freien Gewerkschaften.“

Aufgaben der Betriebsräte.

„Die Betriebsräte haben die Aufgabe, gemeinsam mit den Betriebsleitungen bzw. der Direktion alle die Arbeiter und Angestellten betreffenden Fragen zu regeln.“

Was heißt das anders als eine Arbeitsgemeinschaft bilden zwischen Betriebsräten und Betriebsleitungen. Darin soll nach Krummrei eine „Verwischung der Gegensätze“ zum Ausdruck kommen, die die Arbeiterkraft verwirrt und vom Ziele ablenkt. Unsere Leser werden leicht erkennen, wo hier die Verwirrung liegt.

Wie sieht denn nun das Betriebsrätegesetz aus, das nach Ansicht Krummreies eine „Fronte auf den Rätegedanken“ ist und das unser Kritiker als „Machwerk der Kapitalisten“ bezeichnet? Die Regierung gab darüber folgende Erklärung ab:

1. Die Arbeiterräte.

- Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung, Wahl und Aufgaben werden durch ein sofort zu veranlassendes Gesetz geregelt.
- Für die einzelnen Betriebe sind Betriebsarbeiter- und -angestelltenräte zu wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.
- Zur Kontrolle und Regelung der Produktion und Warenverteilung werden für alle Industrie- und Gewerbebezweige Arbeitsgemeinschaften gebildet, in denen die Unternehmer,

Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellten und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mitwirken.“

Sind diese Bestimmungen nicht ein ganz bedeutender Schritt vorwärts gegenüber der Zeit vor dem 9. November? Nur Verblöndung kann ein solches Geheiß als „Machwerk der Kapitalisten“ bezeichnen, dabei ohrfeigt Krummrei sich selbst, denn er muß ja zugeben, daß „auch die Unternehmer gegen dieses Geheiß Sturm laufen“. Bleibt also nur die Krummreische Logik, daß gegen dieses Machwerk der Kapitalisten eben dieselben Kapitalisten Sturm laufen. Damit fällt der Versuch, den Befähigungsnachweis für den Reifegrad zu erbringen, unter den Tisch. Was unser Kritiker „Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsweise“ nennt, ist in Wahrheit Wirtschaftsanarchie, für die sich das Gros unserer Mitglieder vorerhand nicht einfinden läßt. Zerstörung des Kapitalismus bedeutet noch lange nicht Sozialismus. Kautsky sagt ganz treffend: „Die kapitalistische Produktion kann nicht mit einem Schläge in die sozialistische übergeführt werden, soll nicht der Produktionsprozeß unterbrochen und damit das Massenelebe herbeigeführt werden.“

Gehen wir daher mit dem greifen Staatsky und bauen wir unser Wirtschaftsleben organisch auf; spannen wir alle schaffenden Kräfte in unser Produktionsprozeß ein und folgen wir nur solchen Führern, die ein Menschenalter unserer Bewegung ihr Bestes gegeben haben. Die Zeiten sind zu ernst, um Leuten nachzulaufen, denen jede praktische Erfahrung in Sachen der Arbeitervertretung fehlt. Mit dem Gerede vom Rätesystem kann keines Kollegen Familie satt werden. Auf dem Wege der Wirtschaftsdemokratie wollen wir unsere Produktion aufbauen. Die Zusammenarbeit aller schaffenden Kräfte zur Gestaltung und zum Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Wirtschaftslebens wird es nur allein ermöglichen, das Chaos, in dem wir uns befinden, zu überwinden, nur die Mitbestimmung der Arbeiterklasse bei der Produktion wird sie zur höchsten Leistung anspornen, und so werden wir mit dem Rätegedanken den Kapitalismus besiegen und die Menschheit einer höheren Kulturform entgegenführen.

G. Zwirn.

Wie soll dem Lützigen die Bahn freigemacht werden?

Es wird jetzt viel gesprochen und noch mehr geschrieben über das Thema: „Freie Bahn dem Lützigen“. Alle diese Themen und Artikel sind im Grunde genommen von dem Grundgedanke geleitet, jeder soll an den Platz, wo er seine Fähigkeiten frei entwickeln und damit dem Volksganzen am meisten Nutzen bringen kann.“

Die größte Zahl der Vorschläge beginnt damit, daß man schon in der frühesten Jugend, also in der Schule anfängt, Auslese zu halten. Es soll vor allem völlige Lehr- und Lernfreiheit geschaffen werden. Jeder junge Staatsbürger und jede junge

Noch ein Stück durchs Dorf. Dann die Landstraße entlang. Es regnete noch immer. Ganz fein kam's nieder, jeden Faden im Zeug nassend. Vielleicht rüdt er aus, wenn der Wald beginnt, dachte Pieper.

Der tat's nicht. Trotzte wie in schwerem Traume vor ihm her, sah nicht nach rechts und links.

„Es kann eine böse Sache für Sie werden,“ jagte Pieper. „Haben Sie schon gegessen?“

„Ne.“

„Wenn man erst mal drin war — dann, das sollten Sie bedenken, ist es sehr schwer, ehrlich zu bleiben.“

Der Fremde nickte nur.

„Warten Sie hier.“ Pieper hobte den Blick in den Wald. „Dort scheint etwas nicht in Ordnung. Es wird gewilbert hier.“ Er ging eine gute Strecke, wartete und kam zurück.

Der Andere stand auf dem alten Fled.

„Ja, zum Donnerwetter!“ Pieper konnte es nicht länger unterdrücken: „Warum kniefen Sie denn nicht aus, Mensch?“

Ein apathisches Kopfschütteln, ein stumpfer Blick. „Jetzt ist alles egal, Herr Wachtmeister. Und in Warnburg krieg' ich ein Dach über den Kopf.“

In Piepers Hirn wuchs ein großes Erstaunen empor. Unmöglich erst begriff er's ganz. Dann sagte er laut und aufgebracht: „Ich bin mir leid. Aber konnten Sie denn nicht ohne mich gehen? Bei diesem Donnerwetter! In Warnburg gib's doch, auch Gendarmen.“

Staatsbürgerin soll die Erziehung und die Lehrmittel kostenlos erhalten.

Nach einer Schulzeit von drei Jahren soll schon das erste Mal gestiebt werden. Die wirklich Befähigten sollen dann, ohne Einfluß des Geldbetrags der Eltern, eine ihren Befähigungen entsprechende Weiterbildung genießen, bis zur Univerfität hinauf.

Für die weniger Befähigten soll die Schule, die ja eine „Arbeitschule“, im Gegensatz zu der jetzigen Vernichole, werden soll, neben der nötigen geistigen Rüste auch schon die nötigen Vorkenntnisse für die Berufe mit auf den Weg geben.

Dagegen ist im allgemeinen nichts einzuwenden. Aber was soll mit jenen tüchtigen Köpfen werden, die die alte Volksschule besucht haben und die, weil ihnen die nötigen Geldmittel zum Weiterbilden fehlten, jetzt am Schraubstich, im Bergwerk oder irgendwo das Geld zum Leben verdienen müssen?

Jene Unglücklichen können sich geistig überhaupt nicht entwickeln. Nicht einmal über die Arbeitsmethode, die sie als falsch erkannt haben und gern nach einer selbst erachteten Methode arbeiten wollen, können sie bestimmen. Darüber bestimmt der gewinnstüchtige Kapitalismus in Form von Fabrikherren, Meistern, Vorarbeitern und sonstigen Antreibern.

Jene Arbeiter verelenden geistig, sie werden mit Gewalt stumpfsinnig gemacht. Sie arbeiten nicht mit Lust und Liebe, sondern arbeiten mechanisch, sie werden zum Arbeitstier. Welch ungeheure Werte gehen damit dem Volksganzen verloren. Denn es ist ein Unterschied, wenn ein Arbeiter nur arbeitet, als wenn er mit Interesse arbeitet. Vielleicht könnten einmal in dieser Hinsicht brauchbare Vorschläge gemacht werden; denn die bevorstehende „Sozialisierung“ wird jenen Arbeitern und überhaupt allen Arbeitern auf diesem Gebiete nur zum Teil Befriedigung bringen. Nun zu den Arbeitern, die zum Studium befähigt, aber ohne die nötigen Geldmittel sind.

Dierzu sind bis jetzt recht wenig brauchbare Vorschläge gemacht worden. Der Vorschlag, daß sich jene das Geld hierzu ersparen sollen und dann während der Ferien sich das Geld, z. B. wie in Amerika, durch Arbeit als Kellner oder Händler verdienen sollen, ist unbrauchbar. Welcher Arbeiter könnte sich jetzt soviel Geld ersparen, daß es zu einem sorgenfreien Leben während der Studienzeit langt? Durch Nebenberdienst ist es auch nicht zu erlangen. Denn wenn ein Arbeiter seine acht Stunden gearbeitet hat, will er sich geistig betätigen. Er greift zum Buch. Was bleibt dann für Zeit zum Nebenberdienst? Gar keine!

Dann ein Student, der während der Ferien Geld verdienen muß, ist auch ein Ding der Unmöglichkeit. Die Ferien sind doch, meiner Ansicht nach; dazu da, um den Studenten Zeit zu geben, noch tiefer in die Materie einzudringen und allerdings zur — Erholung.

Der Vorschlag, den Richard Weimann einmal in der „Arbeiter-Jugend“ machte, ist der einzig brauchbare:

„Den Söhnen und Töchtern der Unbemittelten, die für befähigt erachtet werden, höhere Schulen zu besuchen, muß der Staat den während der Studienjahre notwendigen Lebensunterhalt gewähren.“

Es muß eben dem Volke klar gemacht werden, daß diejenigen, die künftig studieren, es im Interesse der Allgemeinheit und damit auch im Interesse des Einzelnen tun, genau so wie ein Bergarbeiter, ein Bäcker, ein Schuhmacher und überhaupt jeder Arbeiter im Interesse der Allgemeinheit arbeitet und dafür von dieser bezahlt wird.

Dann werden auch die Staatsbürger und Staatsbürgerinnen zu den ohnehin schon hohen Abgaben auch eine „allgemeine Erziehungsabgabe“ ohne Murren hinnehmen.

Albert Reuschel.

Teuerungszulagen- und Ferienbewegung.

Worzheim.

Nach Anrufung des Schlichtungsausschusses gelangten in Worzheim ab 11. Oktober für alle Kollegen und Kolleginnen ohne Unterschied des Alters 10,— Mk. neue Teuerungszulage zur Auszahlung.

Neulingen.

Nachdem vom Schlichtungsausschuss schon Termin zu einer Verhandlung festgesetzt war, erklärten sich die Prinzipale endlich bereit, über neue Zulagen für das Hilfspersonal mit der Gaultleitung zu verhandeln.

Es werden folgende neue Zulagen, welche teilweise zum Lohn und teilweise als Teuerungszulage zu rechnen sind, gewährt:

Männliche Hilfsarbeiter bis 16 Jahren erhalten wöchentlich 5,— Mk., bis 18 Jahren 7,— Mk., bis 20 Jahren 9,— Mk., über 20 Jahre 10,— Mk.,

Frau Pieper sah ängstlich auf ihren Gatten, der einige Male die Stube durchwanderte. Dann sah er auf: „Sagt Du noch etwas vom Mittag übrig?“

Frau Lina verstand. Sie ging in die Küche und schürte das Feuer. Dann züchte es in der Pfanne.

Als die Hausfrau wieder hereinkam, sagte sie: „Der hat auch mehr Hunger, als einer vertragen kann.“ Sie watz einen Blick durchs Fenster: „Bei solchem Wetter, auf der Landstraße! — Willst Du ihn wirklich noch nach Warnburg bringen?“

„Wenn er hat davonkaut,“ sagte Pieper so laut, daß es in der Küche zu hören war. „Meine Weib, halt.“

Gendarm Pieper streckte sich aufs Kanapee. — Draußen dämmerte es. Frau Lina sah strickend am Fenster.

„Lina,“ Beife kam's vom Sofa her. „Ist er fort?“

Ein Kopfschütteln. „Er sitzt am Herd und rührt sich nicht.“

„Verdammt!“ Pieper erhob sich gähnend und trat in die Küche: „Ich werde Sie jetzt nach Warnburg ins Gänseis bringen. Warten Sie auf dem Kanapee, bis ich zurückkomme.“

Das war das letzte, was er tun konnte. Pieper

... und

... und

verheiratete 11, — M.: weibliche Hilfsarbeiter bis 16 Jahren 5, — M.: bis 20 Jahren 7, — M.: über 20 Jahre 9, — M.: erstmals zahlbar am 15. November 1919.

Bruchsal i. B.

Auf Veranlassung des Vorsitzenden, Kollegen Krieger, von der Zahlstelle Karlsruhe, wurde den Hilfsarbeiterinnen bei der Firma K & B in Bruchsal folgende Teuerungszulage gewährt: bis 16 Jahren 3, — M.: pro Woche, über 16 Jahre 5, — M.: pro Woche. In den Genuss dieser Zulage kommen sechs Kolleginnen.

Rundschau.

Der Verbandstag der Lithographen und Stein-drucker ist am 19. November in Magdeburg eröffnet worden. Der Termin für die Tagung war ursprünglich früher angelegt gewesen, mußte aber der Personenverkehrsperre wegen vertagt werden. Von unserm Verband nimmt Kollege Bucher als Gast an der Tagung teil. Ueber die Verhandlungen wird im Zusammenhang berichtet werden.

Ein Jubiläum des Reichsvereins der Hilfsarbeiter Oesterreichs. Der Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter in Deutsch-Oesterreich feierte am 16. November das Fest seines 30-jährigen Bestehens. Vor drei Jahrzehnten fanden sich in Wien 195 Kollegen und Kolleginnen zusammen, die ihre traurige Lage als Hilfsarbeiter klar erkannt hatten und mit großer Ausdauer für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse gegen Unternehmertrotz und -willkür ihre ganze Kraft einsetzten. Anfänglich mit Unterstützung der Gehilfen, setzte bald ein unaufhörlicher Anstieg ein, die Hilfsarbeiter aus allen Teilen der Donaumonarchie fanden Schutz und tatkräftige Hilfe in ihrer Organisation, unser Bruderverband errang sich durch sein Auftreten und seinen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Hilfsarbeiter die Achtung der Unternehmer, die nun mit der Hilfsarbeiterorganisation rechnen mußten. Das erste Tausend Mitglieder erreichte der Verband im Jahre 1904, sechs Jahre später wurden 2000 Organisierte gezählt und heute nach dem Ausscheiden der nichtdeutschen Kollegen sind im Reichsverein mehr als 6000 Mitglieder organisiert. Dabei ist zu bemerken, daß die Steindruckerhilfsarbeiter dem österreichischen „Genossenschaftsbund“ angehören. So hat sich aus einem kleinen Lokalverein innerhalb dreißig Jahren eine kräftige Organisation entwickelt, die im Kampf und Sturm groß wurde und, obgleich ihr Wirken jetzt nur auf Deutsch-Oesterreich beschränkt ist, an „Geschlossenheit“ gewonnen und an Einfluß nichts verloren hat, wie das Verbandsorgan, der „Druckerei-Arbeiter“, stolz berichten kann.

Auch in Deutsch-Oesterreich sind wie hierzulande Bestrebungen im Gange, die einen engeren Zusammenschluß der graphischen Arbeiter fördern wollen und auch bereits feste Form gefunden haben. Ueber den ersten schönen Erfolg der neuen graphischen Vereinigung konnten wir schon an anderer Stelle berichten. Unser Bruderverband geht jetzt daran, einen Reichstarif zu schaffen. Er wird nach Auslastungen des „Vorwärts“, des Verbandsorgans der österreichischen Gehilfen, wahrscheinlich gemeinsam mit den gelernten Arbeitern ans Werk gehen. Die dreißigjährige unermüdete Arbeit unserer österreichischen Kollegen findet damit einen würdigen Abschluß. Auch wir freuen uns der Erfolge, die die sich erkämpfen haben trotz aller Mühsale, Hemmnisse und Drangsalierungen, wir nahmen stets teil an ihrer Arbeit und sind auch heute im Herzen bei ihnen. Wir entbieten dem Jubelverein unsern aufrichtigen Glückwunsch.

Teuerungszulagen der graphischen Arbeiter in Deutsch-Oesterreich. Das Graphische Kartell in Wien, dem die Organisationen der Buchdrucker, Steindrucker und Lithographen, der Buchbinder und Buchdruckerhilfsarbeiter angehören, hatte beschlossen, gemeinsame Verhandlungen mit den Unternehmern über Teuerungszulagen für alle in Buch- und Steindruckereien Deutsch-Oesterreichs beschäftigten graphischen Arbeiter einzuleiten. Die Verhandlungen fanden in Wien statt und zeitigten als Ergebnis für die Gehilfen wöchentliche Zulagen von 9, — bis 45, — Kronen, abgestuft nach Alter und Ortsklasse. Für männliche verheiratete Hilfsarbeiter und Schleifer wurden bewilligt je nach Ortsklasse 12, — bis 20, — Kronen, für männliche ledige und alle Steindruckerhilfsarbeiter 9, — bis 15, — Kronen, für geübte Anlegerinnen 9, — bis 15, — Kronen, für sonstige Hilfsarbeiterinnen 6, — bis 10, — Kronen. Die Auszahlung der Zulagen erfolgt ab 8. November.

Bei dem Abschluß unserer Kollegen in Oesterreich verdient in erster Linie die Tatsache hervor-

gehoben zu werden, daß die graphische Arbeiterchaft zum ersten Male einig und geschlossen dem Unternehmertum entgegentrat. Der erste Waffengang des graphischen Kartells endete mit einem schönen Erfolg für unsere Kollegen. Es ist auch für die Zukunft zu erwarten, daß durch gemeinsames Handeln die schwersten Aufgaben der organisierten graphischen Arbeiter leichter ihre Erledigung finden. Bei den in Aussicht stehenden Tarifverhandlungen im kommenden Jahre muß die Geschlossenheit unserer österreichischen Kollegen ein günstiges Ergebnis herbeiführen. Das gute Beispiel dort wird hoffentlich auch bei uns bald Nachahmung finden.

Einigung im christlichen Gewerkschaftsleben. Zwischen dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und dem Verbande der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, ist es nach jahrelanger Fehde zu einer Verständigung gekommen. Es wurden Vereinbarungen getroffen, nach deren Annahme durch die einzelnen Organisationen die Mitglieder der Fachabteilungen der Arbeitervereine von den christlichen Gewerkschaften übernommen werden. Der Bantypel der christlichen Brüder war die verschiedenartige Auffassung der beiden Richtungen über das Verhalten bei Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Während die Kölner Richtung bei Streitigkeiten gegebenenfalls die Arbeitseinstellung nicht verschmähte, lehnten die „Berliner“ den Streik als mit der christlichen Moral unvereinbar grundsätzlich ab. In den getroffenen Vereinbarungen ist jetzt festgelegt worden, daß „gegen die gemeinsame Arbeitseinstellung an sich vom Standpunkte der Moral nichts einzuwenden ist“. Gleich hinterher aber heißt es: „sie (die Arbeitseinstellung) kann allerdings durch Ablicht, Umstände und Mittel verwerflich werden“, und zuletzt ist festgelegt, daß „eine Arbeitseinstellung durch Anwendung ungerechter Gewalt zu verwerfen ist“. Es wird den Christlichen nicht leicht werden, vor einem Streik festzustellen, ob „verwerfliche Umstände und Mittel“ nicht dagegen sprechen oder gar dem Unternehmer durch die Arbeitsniederlegung „ungerechte Gewalt“ angetan wird. Zwingen können sie ihre Mitglieder auch nicht, der ausgegebenen Karole zu folgen, und mit der gewerkschaftlichen Disziplin sieht es schlecht aus, wenn folgendes festgelegt ist: „Insbesondere dürfen Mitglieder nicht benachteiligt werden, wenn sie auf Grund religiöser Verpflichtungen nach den allgemeinen maßgebenden kirchlichen Normen Gewerkschaftsmaßnahmen nicht auf sich nehmen können.“

Es wird allerdings bei der Bedeutungslosigkeit der meisten christlichen Gewerkschaften selten vorkommen, daß sie Lohnbewegungen selbständig führen und ihren Forderungen durch Arbeitsniederlegung Nachdruck verleihen. Gewöhnlich müssen die freiorganisierten Arbeiter ihnen den Weg gangbar machen. Sie kommen dann hinterher und heimlich mit den ganz Gleichgültigen und Dummen zusammen ein, was wir durch Kampf und Opfer erreicht haben. Bestenfalls schließen sie sich einer von uns eingeleiteten Bewegung an, indem sie sich nicht etwa mit ihren Arbeitskollegen, sondern mit dem Unternehmer in Verbindung setzen. Diese Taktik muß wohl ihrer sogenannten christlich-moralischen Auffassung entsprechen.

Schätzpreisüberschreitung durch Zeitungsofferten. In der Deffentlichkeit und in Interessentkreisen wird vielfach die irriige Auffassung vertreten, wegen Schätzpreisüberschreitung sei nur strafbar, wer einen Kauf zu höherem Preise als dem Höchstpreis endgültig abgeschlossen hat. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß nach § 4 Nr. 1 der Verordnung gegen Preistreibererei vom 8. Mai 1918 (R.G.B. I. S. 395) eine vollendete Schätzpreisüberschreitung schon dann vorliegt, wenn jemand einen höheren Preis als den Höchstpreis fordert. Die schweren Strafen der genannten Verordnung (Gefängnis bis zu fünf Jahren und Geldstrafe bis zu 200 000 Mark oder eine dieser Strafen, bei wiederholtem Rückfall sogar Zuchthaus und Geldstrafe bis zu 500 000 Mark, außerdem Einziehung der Vorräte, auf die sich die Straftat bezieht, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Veröffentlichung der Beurteilung) treten also auch dann schon ein, wenn der den Höchstpreis übersteigende Preis nur in Zeitungsofferten gefordert oder die Ware zu solchem Preis in Zeitungsofferten angeboten wird.

45-Stundenwoche in Holland. Die holländische Erste Kammer hat der Gesetzesvorlage wegen Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und der 45-Stundenwoche zugestimmt.

Eingegangene Druckschriften.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Aus dem Inhalt: Nr. 44: Dr. O. Kürten: „Ausbau des

statistischen Verwaltungsdienstes; „Leberrecht Wiggel: Von der kommunalen Gemeindepolitik zur Agrarwirtschaft. Nr. 45: Dr. R. Kuczynski: Die deutsche Finanznot und ihre Bedeutung für die Gemeinden. — 3.: Preisprüfung und Bucherbekämpfung. Die Eignung der Zeitschrift als Nachschlagewerk wird erhöht durch die den Abhandlungen beigefügten Literaturnachweise.

„Arbeiter-Jugend“. Die erscheinende Nr. 23 des ersten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die Spaltung der linksradikalen Jugend. — Wie Gustav das Gewitter fürchten lernte. Von Theodor Thomas. — Freiheit und Gleichheit. Von Kurt Heilbut. — Das Fehlgel: Geistige Kultur der Steinzeitmenschen. (Mit Abbildungen.) — Kampf gegen rechts und links. Von B. Schent. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Vom Kriegsschauplatz. — Beilage: Die Nachk. Von Stefan von Stobe. — Die ältesten deutschen Weltbedrucker. Von Dr. Sommer. — Die Ausstattung der Bibliotheken. — Requiem. Gedicht von Sittel.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ist Nr. 3 erschienen. Aus dem Inhalt ist besonders bemerkenswert der interessante Leitartikel: „Die Quellen des Reiches“ von Gertrud Lohahl, M. d. R. Bally Jepsler findet in ihrem Aufsatz über Leo Arons sehr schöne Worte. Im Feuilleton schreibt Carl Diesel weiter an seiner Artikelserie: „Revolution des Geistes“.

Diese Nummer enthält die Beilage: „Die Frau und ihr Haus“.

„Sturmögel der Revolution“ und „Der 9. November“ zwei Denkschriften zum Jahrestage der Revolution veröffentlicht die Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68.

Die „Sturmögel“ von Adolf Braun sind dokumentarische Beweise, daß nicht die „Unabhängigen“ allein, wie sie behaupten, den neuen Umsturz erwarteten und gefördert haben, sondern daß insbesondere die Presse der sozialdemokratischen Partei den neuen Ausbruch der Revolution verurteilt, sogar begrüßt habe. Der Genosse Stampfer gibt in seinen Lebensblättern „Der 9. November“, gestützt zum Teil auf eigene Wahrnehmungen zum Teil auf Berichte anderer unmittelbarer Beteiligten, eine ausführliche Darstellung der Ereignisse des 9. November, die viel neues, noch unbekanntes Material enthält. Beide Broschüren kosten je 1, — M.

Wochenblatt.

Bremen. Vorsitzender: Jakob Diekmann, Kantstr. 94. — Kassierer: Heinrich Hubert, Oststr. 5.

Unsern lieben Kollegen und Vorstehenden Otto Höber zu seinem 25-jährigen Arbeiterjubiläum in der Firma Mert u. Ewald die besten Glückwünsche. Ortsgruppe Groß-Giechheim.

Kauf!
Am 31. Oktober nach langem Weiden unsere treue Kollegin
Pauline Mohl
(i. Fa. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart)
im Alter von 66 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Die Deutsche Arbeiterpartei.

Kauf!
Am 11. November verstarb unser lang-jähriger Kollege
Gustav Gutz
(Mitbegründer unserer Zahlstelle) im Alter von 46 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Deutsche Arbeiterpartei.

Die nächste Nummer der „Kommunale Praxis“ erscheint am 6. Dezember 1919. — Redaktionsschluß am 1. Dezember 1919.